

BUND-Regionalverband Donau-Iller
BUND-Kreisverband Ulm

**Gemeinsame Pressekonferenz
zum Jahreswechsel 2006/2007
am 28.12.2006 um 10.30 Uhr im
BUND-Umweltzentrum Ulm**

Teilnehmer von Seiten des BUND:

Ulrich Müller, Regionalvorsitzender, T. 0731/100-84025 g

Dr. Dieter Fortmann, Vorsitzender KV Ulm, T. 0731/28912 p

Reiner Frohn Müller, stv. Vorsitzender KV Ulm, T. 07346/923632 p

Rückblick aufs Jahr: Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am Donnerstag, 28.12.2006, haben der BUND-Regionalverband Donau-Iller und der BUND-Kreisverband Ulm Bilanz gezogen. Ulrich Müller (BUND-Regionalvorsitzender), Dr. Dieter Fortmann (Vorsitzender des Kreisverbands Ulm) und Reiner Frohn-müller (stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbands Ulm) berichteten im Umweltzentrum Ulm über die ökologischen Themen, die den BUND 2006 beschäftigten. Sie kritisierten Annette Schavan, die sich für die grüne Gentechnik einsetzt. Sie appellierten an die Landesregierung, keine Kürzungen im Schienennahverkehr vorzunehmen und forderten von der regionalen Verwaltung ein besseres Konzept bei der Illersanierung.

Der BUND-Regionalverband Donau-Iller und der BUND-Kreisverband Ulm kritisierten die CDU-Bundestagsabgeordneten und die Bundesministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan. Der BUND wirft der Ministerin vor, die grüne Gentechnik zu hofieren. Der BUND-Regionalvorsitzende Ulrich Müller erklärt: „Frau Schavan will die geltenden Beschränkungen für die Agrar-Gentechnik lockern. Dabei ignoriert sie die Risiken für Verbraucher, Landwirte und die Natur.“ Er moniert, dass gentechnische Forschungsvorhaben für mögliche Schäden nicht haftbar gemacht werden können, wenn Felder kontaminiert werden, die nicht in unmittelbarer Nachbarschaft gelegen seien. Bei Kontaminationen unterhalb des Kennzeichnungs-Grenzwerts soll nach dem Willen der Ministerin der Verursacher auch nicht mehr haften. Darüber hinaus strebe das Forschungsministerium ein öffentliches Standortregister an, aus dem nur noch die Gemarkung ersichtlich sei. Das Flurstück, auf dem genveränderte Pflanzen angebaut werden, werde dann nicht mehr genannt. Der BUND bewertet die Folgen für die gentechnikfreie Landwirtschaft als fatal. Müller erläutert: „Die Kontamination von amerikanischem Reis mit einer nicht zugelassenen genveränderten Sorte von Bayer im vergangenen Sommer ging auf ein solches Forschungsvorhaben zurück. Nach Schavans Regelung hätte in einem solchen Fall niemand Anspruch auf Schadenersatz.“

Der Unmut der Umweltschützer richtet sich auch gegen Schavans Haltung zur Atomenergie. Statt sich um den Schutz der Bevölkerung zu bemühen, versuche die Politikerin den beschlossenen Atom-Ausstieg wieder rückgängig zu machen und beschere den Energieversorgern auf diesem Weg satte Gewinne. Müller betont: „Wir

appellieren an Frau Schavan, dass sie wieder mehr die Interessen der Bevölkerung – und damit ihrer Wähler – vertritt.“

Kritik an Kürzung der Regionalisierungsmittel

Das Land Baden-Württemberg will im Schienennahverkehr jährlich 13 Millionen Euro sparen und deshalb landesweit zwei Millionen Zugkilometer streichen. Die Einsparungen werden mit den Kürzungen der Bahn-Regionalisierungsmittel begründet. Der Großraum Ulm zählt zu den Regionen, die von dieser Planung mit am stärksten betroffen sein werden: Auf allen baden-württembergischen Bahnstrecken nach Ulm muss mit Kürzungen gerechnet werden. Der BUND-Regionalvorsitzende Müller wehrt sich gegen diese Pläne: „Sonst vergoldet sich Stuttgart bald seinen Hauptbahnhof und das restliche Land guckt in die Röhre. Mit einer Verschlechterung des Angebotes auf der Schiene kommen wir bei Luftreinhaltung und Klimaschutz nicht voran.“ Ein attraktiver Schienenverkehr sei ein aktiver Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. „Das Angebot der Bahn ist in der Region in den vergangenen Jahren verbessert worden, der Donau-Iller-Nahverkehrsverbund gewinnt immer mehr Kunden.“ Nun sei aber zu befürchten, dass durch die geplanten Einsparungen der ÖPNV wieder Kunden verliere.

Mitschuld von „Stuttgart 21“

Eine Mitschuld an den geplanten Kürzungen trägt nach Ansicht des BUND die Landesregierung. Sie will für das Bahnprojekts „Stuttgart 21“ fast eine halbe Milliarde Euro an Nahverkehrsmitteln ausgeben. Allein 100 Millionen Euro davon stammen aus Regionalisierungsmitteln. Für den BUND ist klar: In Zeiten, in denen der Nahverkehr im ganzen Land eingeschränkt wird, dürfen die knappen Finanzmittel nicht für einen tiefer gelegten Hauptstadtbahnhof verwendet werden. Ein Verzicht auf „Stuttgart 21“ könne den Bahnverkehr im ganzen Land für die nächsten acht Jahre problemlos sichern. Unverständnis äußert in diesem Zusammenhang Ulms BUND-Vorsitzender Dr. Dieter Fortmann über den vehementen Einsatz von Ulms Oberbürgermeister Ivo Gönner für „Stuttgart 21“: Dieses umstrittene Projekt und die Verknüpfung von Neubaustrecke und Tunnelbahnhof gefährde letztlich die unstrittig notwendige Neubaustrecke nach Stuttgart.

Ausbau der Schiene erforderlich

Der BUND ist davon überzeugt, dass es auch im regionalen Nahverkehr einen Bedarf an neuen Strecken gibt: Müller und Fortmann begrüßen daher die in den letzten Wochen öffentlich gewordenen Bekundungen zu einer Stärkung der Südbahn und der Illertalbahn sowie einer Reaktivierung der Bahnlinie Senden-Weißenhorn. Erforderlich seien zudem die Bahn-Querspange von Ehingen nach Erbach sowie der Bau der Laupheimer Südkurve.

Schlecht geplante Illersanierung

Die Begradigung der Iller und deren Folgen beschäftigen die Behörden seit Jahren. Die Sanierungsmaßnahmen begleitet der BUND intensiv. Während die Umwelt- und Naturschützer einer Verbreiterung des Illerbettes grundsätzlich zustimmen, kritisieren sie die unzureichende Anhebung der Illersohle. Im Bereich von Illerrieden und Vöhringen hat sich die Iller seit 1980 um über 2 Meter eingetieft. Eine Folge davon ist, dass verschiedene Wasserfassungen in der Nähe beinahe ausgetrocknet sind. Müller erklärt: „Wir unterstützen die aktuell geplanten Maßnahmen der Illersanierung, obwohl diese bei weitem nicht ausreichen werden, um die Ökologie in der Aue zu verbessern. Der Grundwasserspiegel im geschützten Illerauwald wird nicht annähernd auf das ökologisch notwendige Maß angehoben werden.“

Von der extremen Vertiefung der Iller sollen nur rund 70 cm mit Kies aufgefüllt werden. So sollen die Häuser, die mit Einwilligung der Fachbehörden und Kommunen zu nah an der Iller bzw. zu tief gebaut wurden, vor Hochwasser geschützt werden. Auf diesem Weg sollen auch die ausgebauten Kellergeschosse in Vöhringen vor ansteigendem Grundwasser geschützt werden. Die Beispiele verdeutlichen, dass die Bausünden der Vergangenheit einen ausreichenden Grundwasserspiegel für die Trinkwasserbrunnen auf der baden-württembergischen Seite der Iller sowie die notwendige Wiedervernässung der Auwaldgebiete verhindern. Obwohl sie aufgrund ihres ökologischen Wertes teilweise sogar unter europäischem Schutz stehen.

Trotz der zum Teil großen Eingriffe in die Natur und einem fehlenden integrierten Konzept lehnt der BUND die Maßnahmen des Hochwasserschutzes an Iller und Donau nicht ab. Grund dafür ist der hohe finanzielle Schaden, der im Fall eines Hochwassers entstehen könnte. Müller betont: „Es müssen endlich mehr natürliche Rückhalteflächen geschaffen und die Auen freigehalten werden.“ Stattdessen würden oft

wertvolle Bäume und geschützte Auwälder entlang der sanierten Hochwasserdämme gerodet.

Kritik an den Stadtwerken

Die in diesem Jahr beschlossene Beteiligung der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm an einem Kohlekraftwerk in Hamm-Uentrop findet bei den BUND-Vertretern keine Zustimmung: Auch moderne Kohlekraftwerke sind kein Beitrag zum Klimaschutz, sondern stellen einen Rückschritt bei den Bemühungen um eine Energiewende dar, zumal sie den Energiemix für mehrere Jahrzehnte beeinflussten.

Der Geschäftsführer der SWU Energie, Jürgen Schöffner, erkläre einerseits, dass die Nutzung von Wind und Sonne bis auf weiteres nicht wirtschaftlich sei. Andererseits weise die SWU ständig auf ihren hohen Wasserkraftanteil im Strommix hin. Die Absicht, den Anteil der erneuerbaren Energien auszuweiten, ist nach Ansicht des BUND grundsätzlich richtig. Die Umweltschützer kritisieren aber die Umsetzung der SWU: Ihre schlechte Planung hätte nun schon für zwei Wasserkraftwerke – Ehingen-Berg und Bellenberg – das Aus bedeutet. Bei behutsamerer Planung und mehr Rücksicht auf ökologische Belange hätten zumindest die SWU in Bellenberg ein Kraftwerk bauen können, was nun dem Mitbewerber LEW vorbehalten sei.

Müller und Fortmann hoffen, dass die geplante Stauspiegelerhöhung beim Kraftwerk Böfinger Halde nicht an ähnlichen Fehlern scheitert. Müller: „Hier ist ohne wesentliche neuen Eingriffe eine höhere Energieausbeute möglich.“ Für den BUND ist es außerdem wichtig, dass am Kraftwerk Böfinger Halde ein Umgehungsgewässer geschaffen werde, um das Wehr für Fische und andere Wasserlebewesen durchgängig zu machen. Ein ähnliches Vorhaben sei den SWU am Ersinger Wehr bereits gelungen, was der BUND durchaus anerkennt.

Atommüllendlager an der Donau?

Der BUND-Regionalvorsitzender Müller betont, dass sich der BUND bei der Frage nach einem Atommüllendlager an der Donau bisher zurückhaltend geäußert habe. Grund hierfür sei, dass der Verband davon überzeugt ist, dass vor einer Standortdebatte für ein Endlager der Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie unumkehrbar sein müsse. Dies sei aber derzeit keineswegs der Fall. Wenn dieser Ausstieg definitiv sei, werde sich sein Verband einer sachlichen Diskussion über die Standortfrage

nicht verschließen. Dann müsse darüber gesprochen werden, dass der Bereich zwischen Riedlingen und Ulm aufgrund des Opalinustons im Boden laut einer Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe als Endlager für radioaktive Abfälle grundsätzlich in Frage kommt.

Lob und Bedenken zum Biosphärengebiet

Der BUND begrüßt grundsätzlich das im Bereich der Mittleren Schwäbischen Alb geplante Biosphärengebiet. Die Naturschützer sehen große Chancen für Naturschutz, nachhaltige Regionalentwicklung, sanften Tourismus, Umweltbildung und Wissenschaft. Müller lobt: „Wir erkennen das Engagement des Landes, der Behörden und zahlreicher Kommunen in dieser Sache ausdrücklich an.“ Unzufrieden äußert sich der BUND darüber, wie die Diskussion über die äußere Abgrenzung des Biosphärengebietes, die Lage und den Umfang der Kern- und Pflegezonen sowie die Rechtsverordnung verlaufen sei: Der Wunsch des Landes, möglichst viele Kommunen zu beteiligen, habe dem Projekt jede Menge Kritiker eingebracht, so dass das Gebiet ein Zusammenschluss von Kommunen zu werden drohe. Fachliche Gesichtspunkte seien bei der äußeren und inneren Abgrenzung zu wenig berücksichtigt worden, um es möglichst jeder Gemeinde recht zu machen. Die Kernzonen glichen einem „Flickenteppich“, obwohl die UNESCO große, zusammenhängende Kernzonen verlange.

Luftreinhaltung erfordert veränderte Prioritäten

Die Notwendigkeit, einen Luftreinhalteplan für Ulm und Neu-Ulm aufzustellen, hinterfragen zurzeit viele Institutionen. Der vom Regierungspräsidium Tübingen für die Stadt Ulm erstellte Plan macht jedoch nach Ansicht des BUND deutlich, dass der Kraftfahrzeugverkehr die Hauptursache für die hohen Feinstaub- und Stickstoffdioxidwerte in Ulm ist. Daher müsse es dauerhaftes Ziel von Verkehrsplanung und -politik in Ulm werden, die verkehrsbedingten Emissionen zu reduzieren.

Im Interesse der Gesundheit sei es daher unabdingbar, die geplante Umweltzone auf die Weststadt, Söflingen und den Safranberg auszudehnen und die Bundesstraßen 10 und 28 teilweise einzubeziehen. Die Fahrverbote in der Umweltzone müssten so rasch wie möglich umgesetzt werden. Der Fuhrpark der Stadt sowie von SWU, RAB und privaten Busunternehmen müsse schnell – wie zum Teil bereits begonnen – auf

emissionsärmere Fahrzeuge umgestellt werden. Darüber hinaus dürften keine neuen öffentlichen Tiefgaragen und Parkhäuser gebaut werden. Die Begrünung der Innenstadt sollte vorangetrieben werden, um die Luft besser zu filtern. In diesem Zusammenhang erklärt BUND-Vorsitzender Dieter Fortmann erneut die Unterstützung seines Verbands für den „Dialog Grün“ der Stadtverwaltung, zu dem der BUND auch schon Vorschläge gemacht hat. Zum großen Ziel einer weiteren Innensstadtdurchgrünung passe es aber nicht, wenn jetzt Heckengrün in der Stadt teilweise aus Gründen der vereinfachten Pflege beseitigt werde.

Unterstützung für Ulmer Verwaltung und Gemeinderat

Die Umweltvertreter loben den jüngst publik gewordenen Vorstoß von Ulms OB Gönner, nach dem bevorstehenden Bau der Straßenbahn nach Böfingen den Ausbau der Tram auch in andere Richtungen voranzutreiben. Fortmann: „Die Verkehrssituation in Ulm und Neu-Ulm und die Erfordernisse der Luftreinhaltung verlangen einen effizienteren und umweltverträglicheren öffentlichen Verkehr. Mit Bussen allein ist das nicht zu machen.“ Auch für den BUND hat eine Straßenbahn-Erschließung des Kuhbergs Priorität, dabei sollte aber der Brückenschlag in Richtung Neu-Ulm (Ludwigsfeld und Burlafingen) nicht aus den Augen verloren werden.

Unverständnis für Straßenbauprojekte

Die Eröffnung der lange Zeit heftig vom BUND bekämpften Nordtangente hat neue Begehrlichkeiten geweckt: Eine Verbindung vom neuen Kreisverkehr an der B 19 zur Böfinger Steige würde dazu führen, dass es mit der Ruhe im Wohngebiet Buchenlandweg in Böfingen vorbei wäre: Im engen Halbkreis würde der Verkehr von der ehemaligen B 19 nach Böfingen und Thalfingen um das Wohngebiet herum gelenkt werden. Fortmann fragt: „Wozu wurde vor zehn Jahren ein Stück stadteinwärts mit großem Aufwand der Durchstich von der Heidenheimer Straße zur Böfinger Steige gebaut?“ Der BUND moniert darüber hinaus, dass diese Absicht bisher in keiner öffentlich zugänglichen Planung enthalten sei. Fortmann: „Das ist kein seriöser Umgang mit dem Bürger.“ Es zeige sich wieder einmal, dass aus neuen Straßen neuer Verkehr und neue Straßenplanungen erwachsen.

Um die mit der Eröffnung der Nordtangente gewünschte Entlastung der Anwohner der Karlstraße in Ulm sowie der Ehmman- und Haslacher Straße in Jungingen zu erreichen, seien in beiden Fällen Maßnahmen der Verkehrsberuhigung erforderlich. Im

Falle der Karlstraße fordert der BUND, den Rückbau und die Begrünung rasch umzusetzen.

Zur Diskussion in Wiblingen, wo FWG und SPD im Fachbereichsausschuss des Gemeinderates eine Änderung der Planung betreffend der Offenhaltung der Gögglinger Straße durchgesetzt haben, äußert Reiner Frohnmüller, stellvertretender BUND-Vorsitzender, sein Unverständnis: Für die Alte Siedlung bestehe nach dem Bau der Verbindungsstraße zur Unterkirchberger Straße die einmalige Chance, ein verkehrsberuhigtes Wohngebiet zu werden. Bleibe die Gögglinger Straße dagegen offen, könnte das angestrebte Entlastungsziel nur eingeschränkt erreicht werden. Frohnmüller appelliert, an die Kinder und Radfahrer zu denken, die sowohl am Beginn und am Ende der Gögglinger Straße heute stark gefährdet sind. Bleibe die Gögglinger Straße offen, ändere sich daran wenig. Er fragt danach, woher das Geld für den geforderten Steg und die die komplette Neuplanung kommen solle.

Protest gegen Lärm aus der Luft

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger aus dem Raum Ulm und Neu-Ulm ärgern sich über die zunehmende Belästigung durch militärische Flugübungen, die sich oft am Rand der Schallmauer bewegen. Mit mehreren Schreiben, vor allem an die CDU-Abgeordnete Annette Schavan, hat der BUND sich in den vergangenen Monaten für eine Reduktion der entsprechenden Flüge eingesetzt. Weder die Abgeordnete noch das Verteidigungsministerium haben eine befriedigende Antwort geben können. Der aktuelle Brief von Schavan bestätigt die Annahme des BUND, dass es zwischen den Übungen und der Tatsache, dass ein namhaftes Unternehmen mit seiner militärischen Entwicklungseinrichtung in Ulm seinen Sitz hat, Zusammenhänge gibt. Dies darf nach Ansicht des BUND aber keine gesundheitliche Gefährdung der Ulmer Bevölkerung durch eine jetzt schon mehrfach tägliche Lärmbelastung rechtfertigen.